Zeitschrift: Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge

enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und

Sozialversicherungswesens

Herausgeber: Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

Band: 10 (1912-1913)

Heft: 5

Artikel: Protokoll der VII. Schweizerischen Armenpfleger-Konferenz

[Fortsetzung und Schluss]

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-837724

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Alrmenpfleger.

Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge. Offizielles Organ der Schweizerischen Armenpfleger-Konferenz. Beilage zum "Schweizerischen Zentralblatt für Staats- und Gemeinde-Verwaltung", redigiert von Dr. A. Boßhardtsund Paul Keller.

Redaktion: Pfarrer A. Wild in Mönchaltorf.

)()(Derlag und Expedition: Art. Institut Orell Süfzli, Jürich.

10. Jahrgang.

1. Februar 1913.

Mr. 5.

Der Der

Der Nachbrud unserer Originalartifel ift nur unter Quellenangabe gestattet.



Protokoll

ber

VII. Schweizerischen Armenpfleger-Konferenz

Montag, den 4. November 1912, vormittags $10^3/4$ Uhr im Großratssaal des Regierungsgebändes in Luzern.

(Schluß)

Diskuffion:

Ständerat Wirz, Sarnen: Ich bin Anhänger der Portofreiheit, wie die Mehrheit der eidgenössischen Räte. Umstritten war seinerzeit bei Beratung des Postgesetes in letter Linie die Frage: soll die Portofreiheit sich auf die Korrespondenzen an Arme und für Arme erstrecken oder nicht? Der Ständerat bejahte das, der Nationalrat strich diese Portofreiheit, und schließlich votierte auch der Stände= rat mit zwei Stimmen Mehrheit in diesem Sinne. So kam es, daß die freiwilligen Armenpflegen besser gestellt wurden, als die gesetlichen. Die Vortofreiheit durch Revision des Postgesekes erweitern zu wollen, dürfte keine Aussicht auf Erfolg ha= ben, weil das Bundesgefet ja erft feit zwei Jahren in Araft ift. Wir haben es ledig= lich zu tun mit der Frage: Revision der Postordnung oder nicht? Sie hat meines Crachtens nicht immer das Richtige getroffen, ift also gewiß revisionsbedürftig. Die Unterscheidung zwischen wohltätigen und gemeinnützigen Anstalten ist innerlich nicht begründet. Die Grenze ist da schwierig zu ziehen, noch schwieriger, sie testzuhalten. Der Standpunkt des Referenten ist berechtigt, und ich will einer Eingabe an den Bundesrat nicht opponieren. Aber ich verhehle mir nicht, es wird auch keine große Geneigtheit vorhanden sein, jett schon auf eine Revision der Postordnung einzutreten. Man wird sagen: Es müssen noch mehr Erfahrungen gesammelt werden, bevor eine Revision vorgenommen werden kann. Ich möchte Ihnen daher empfehlen, eventuell zu ersuchen, die bestehende Post=

ordnung larger zu handhaben und eine ungleiche Behandlung bei Zuteilung der Postfreimarken zu vermeiden. Dadurch dürfte mehr erreicht werden als durch das Begehren auf Revision allein. Was die finanzielle Tragweite der Portofreisheit anbetrifft, worüber Auskunft zu geben, der Referent mich brieflich bat, so sind darüber keine Erhebungen vorhanden. Nach einer Berechnung erleidet die Bundeskasse durch die Portofreiheit einen Ausfall von 1,395,000 Fr. Bei Wegfall der Portofreiheit würde aber weniger korrespondiert, so daß man einen effektiven Ausfall von ca. 800,000 Fr. annehmen kann. Am richtigsten wird auch hier sein, wenn die ständige Rommission sich mit der Sache befaßt und eine Eingabe im Sinne des Referenten und der gefallenen Voten an den Bundesrat abgehen läßt.

Armensekretär Jaques, Genf: En se plaçant au point de vue pratique, on peut relever tout d'abord ce fait qu'il importe que l'argent destiné à l'indigent lui arrive dans sa presque intégralité. Ici l'Etat doit intervenir, sinon au moyen de subventions, au moins par des exonérations en faveur de toutes les institutions, sans exceptions, fondées en vue de secourir les pauvres, les enfants, les vieillards et les malades.

L'argument avancé par le Conseil national pour établir une distinction entre les institutions officielles et les œuvres privées n'est pas sérieux: si les assistés des premières sont humiliés en recevant des lettres avec la mention "pour pauvres", les indigents qui s'adressent aux bureaux de bienfaisance ne le seront pas moins. Le second argument portant sur "les abus incalculables de la part des autorités d'assistance" (dans la franchise de port) n'est valable que si l'on admet une infériorité morale des fonctionnaires officiels vis-à-vis des employés d'œuvres privées.

Quant au fond, le service postal ne doit pas avoir chez nous de caractère fiscal, les autorités fédérales l'ont déclaré à maintes reprises; et aussi long-temps que ses comptes bouclent par des bonis importants, il n'y a pas de raison pour couper court aux "services" qu'il rend dans le domaine de l'assistance.

Il conclut donc à l'extension de la gratuité à toute la correspondance de l'Assistance publique ou tout au moins à l'assimilation des établissements qui font l'objet des réclamations de la Chaux-de-Fonds aux institutions privées de bienfaisance.

Armensekretär Willi, Zürich: In den eidgenössischen Käten ist gesagt worsden, die Armen werden durch die Portofreiheit kompromittiert. Durch die Postsfreimarken werden nun die privaten Institutionen gezwungen, ihre Armen zu kompromittieren. Das Verhältnis hat sich also einfach verschoben.

Der Antrag von Ständerat Wirz, die Angelegenheit an die ständige Kommission zu weisen, wird angenom=men.

5. Mitteilungen über den Stand der Konkordatsfrage. Regierungsrat Wullschleger, Basel: Zwei Bestrebungen haben sich im Laufe der Zeit bei den zahlreichen Verhandlungen über die interkantonale Armenpssege herauskristallisiert: das Konkordat und das Bundes-Armengeset. Sie stehen sich aber nicht gegenüber. Das Konkordat kann eine wertvolle Stufe für das Bundes-Armengeset bilden. Die Motion Lut und die infolge davon vom Bunde unternommene Armenstatistik tendieren auf Regelung des Armenwesens durch den Bund hin. Die Konkordatsfrage ist Gegenstand der Behandlung der IV. und V. Armendirektorenkonkerenz gewesen. Die Protokolle der beiden Konferenzen und der Bericht und Antrag der ständigen Kommission über die Kück-

äußerungen der Armendirektionen zu dem ihnen unterbreiteten Konkordatstexte der ständigen Kommission liegen in einer Broschüre gedruckt vor. Die Aussichten für ein Konkordat sind nicht schlecht. 12 Kantone: Bern, Nidwalden, Glarus, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Land, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünzden, Aargau und Tessin haben sich für Beschreitung des Konkordatsweges auszgesprochen. Die Bundesräte Kuchet und Motta — letzterer auch schriftlich — haben ihn ebenfalls empfohlen. Die Armendirektorenkonferenz vom 20. Mai 1912 in Olten bestellte dann eine kleine Kommission, bestehend aus Dr. Schmid, dem Sprechenden, Dr. Imhof, Basel, und Regierungsrat Burren, Bern, um den Text des Konkordatsentwurfs zu bereinigen, und beschloß, durch das Departement des Innern in Bern den Bundesrat zur Einberufung einer interkantonalen Regierungskonferenz zu veranlassen. Seute vor acht Tagen tagte die Kommission in Olten, bereinigte den Konkordatstext und entwarf eine Eingabe an das Departement des Innern des Innern. Art. 1 des Konkordates lautet:

An die Kosten der Unterstützung der hülfsbedürftigen, transportsähigen niedergelassenen Angehörigen der Bertragskantone leistet der Riederlassungs-kanton 20 % bei 1—10=, 40 % bei 11—20= und 60 % bei mehr als 20jähriger Riederlassungsdauer. Den Rest hat der Seimatkanton zu tragen. Ist der Unterstützte in mehr als einem Konkordatskanton verbürgert, so fällt das Betreffnis des Seimatkantons auf denjenigen der mehreren Seimatkantone, in dem der Unterstützte (oder dessen Vorsahren) zuletzt tatsächlich gewohnt haben.

Für Aufenthalter und Niedergelassene mit weniger als einjähriger Nieder-lassungsdauer vermindert sich der Anteil des Aufenthalts- bezw. Niederlassungs-fantons auf 10 %.

Für Wanderarme übernimmt der augenblickliche Aufenthaltskanton die ersforderliche Unterstützung, bis sie das Kantonsgebiet verlassen haben.

Die Kosten der durchgeführten dauernden Anstaltsversorgung fallen unter Borbehalt von Art. 4, sofern nicht zwischen Riederlassungs- und Wohnkanton etwas anderes vereinbart wird, zu 80 % zu Lasten des Heimatkantons.

Art. 11: Das Konkordat tritt in Kraft, sobald ihm mindestens sechs Kantone, worunter wenigstens vier mit einer Wohnbevölkerung von je über 100,000 Personen beigetreten sind. Für Kantone, die sich ihm später anschließen, tritt es spätestens sechs Monate nach der Beitrittserklärung in Wirksamkeit.

Feder Vertragskanton kann unter Beobachtung einer einjährigen Kündigungsfrist auf das Ende eines Kalenderjahres von dem Konkordate zurücktreten.

Die Eingabe sagt unter anderem: Bei aller Sympathie für eine bundesrechtliche Regelung der interkantonalen Armenfürsorge, wie sie durch die im Nationalrat gestellte Motion der Herren Lutz und Mitunterzeichner angeregt und deren Prüfung durch die vom Bundesrat angeordnete statistische Erhebung kürzlich in die Wege geleitet worden ist, gelangten die beiden Armendirektorenkonferenzen zum Ergebnis, daß es sich empfehlen dürfte, zunächst eine weniger weit gehende und deshalb vielleicht eher erreichbare, wenn auch nur vorläufige Lösung des Problems auf dem Wege des Konfordats zu versuchen. Die Konferenz will also keineswegs etwa einer bundesrechtlichen Regelung entgegentreten, sondern in Voraussicht der mannigfachen Schwierigkeiten, denen jene begegnen dürfte, auf rascherem Wege, eben dem des Konkordates, wenigstens eine Milderung der vorhandenen übelstände anstreben. Sie hofft sogar, wenn ihre Absicht von Erfolg gekrönt wird, damit eine nütliche Vorarbeit für die spätere Bundesgesetzgebung über das Armenwesen, zu der das Konkordat die Übergangsstufe bilden dürfte, geleistet zu haben. — Gleichzeitig beehren wir uns, an Sie das ergebene Gesuch zu richten, Sie möchten nach vorläufiger Prüfung der Sache,

die wir Ihrer wohlwollenden Beurteilung angelegentlichst empfehlen, den hohen Schweizerischen Bundesrat veranlassen, sobald als möglich eine Konferenz der Kantonsregierungen zur Besprechung der Konfordatsfrage einzuberusen. — Diese Eingabe wird unter Beilage der bereits erwähnten gedruckten Broschüre nächste Woche dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, sowie allen kantonalen Armendirektionen, zugestellt werden.

6. Die Rechnung pro 1. November 1911 bis 31. Oftober 1912 erzeigt an Einnahmen: Fr. 2829. 85, an Ausgaben: Fr. 1327. 45, bleibt ein Saldo von Fr. 1502. 40 (1911: Fr. 1515. 75). Die 87 Mitglieder leisteten 1075 Fr. Es wird das Bestreben der ständigen Kommission sein müssen, noch mehr Mitglieder zu gewinnen und aufs neue mit einem Gesuch um einen Bundesbeitrag, der bereits in Aussicht gestellt ist, an die Bundesbehörden zu gelangen.

Die beiden Mitglieder der Kommission: Inspektor Keller, Basel, und Despartementssekretär Weier, Aarau, haben die Rechnung geprüft und richtig bestunden. Sie wird dem Quästor unter Berdankung abgenommen.

Schluß: 21/4 Uhr.

Der Protokollführer: A. Wild, Pfarrer.

An dem belebten Mittagessen im "Wildenmann" entbot Herr Regierungsrat Dr. Oswald den Gruß der Luzerner Regierung, und Herr Armeninspektor Lörtscher dankte für den freundlichen Empfang und die köstlich mundende Gabe der Luzerner.

Nargan. Bersetzung in die Zwangsarbeitsanstalt und Bestrafung wegen Familienvernachlässigung. Die diesbesüglichen Borschriften sinden wir in der aargauischen Gesetzessammlung, Band 1865—1869, Pag. 351 u. f. und Zuchtpolizeigesetz 2 III und in der Viersteljahresschrift für aargauische Rechtsprechung, herausgegeben vom Obergericht des Kantons Aargau: II. Jahrgang, 1902, Nr. 36, Seite 170, V. Jahrgang, 1905, Nr. 63 auf Seite 77, VI. Jahrgang, 1906, Nr. 120 auf Seite 190, IX. Jahrgang, 1909, Nr. 80 auf Seite 178, und XI. Jahrgang, 1911, Nr. 69 und 70, Seite 163 und 165.

Die Gemeinden des Bezirks Brugg machen von diesen Vorschriften ziemlich häusig Gebrauch. Sie laden liederliche Männer vor ihre Schranken, geben ihnen die nötigen Ermahnungen, machen sie auf die Folgen der Nichtbeachtung aufmerksam und verzeigen sie im Rückfalle dem Bezirksgericht zur Bestrafung.

So find im Laufe des Jahres 1912 aus 4 Gemeinden 8 Personen bestraft worden. Davon wegen Familienvernachlässigung 1 mit 2 Jahren Zuchtshaus und wegen fortgesetzten liederlichen Lebenswandels 7 Personen, worunter ein Frauenzimmer; 4 Personen aus ein und derselben Gemeinde. Die das herigen Strafen lauten auf $1\frac{1}{2}$ —2 Jahre Zwangsarbeitsanstalt. Diese Strafen müssen in einer besondern Abteilung der Strafanstalt abgesessen werden. Sie sind nicht bei allen Bestraften von dem gewünschten Ersolg begleitet, haben aber doch das Gute, daß sich die betreffenden Personen wieder an ein regelmäßiges Arbeiten und an Ordnung gewöhnen und nicht so bald ihren Gemeinden ganz zur Last fallen. Auch nehmen sich andere ein abschreckendes Beispiel an ihnen, wenn sie erzählen, wie sie haben arbeiten und Ordnung halten müssen.

Unter den oben erwähnten Zwangsarbeitern befinden sich 4 aus ein und derselben Gemeinde. Zwei davon sind aber auswärts aufgewachsen.